

Warum nicht gleich die Demokratie abschaffen?

Nur noch wundern kann sich der kommunalpolitische Sprecher der Oberpfalz-SPD, Kreisrat Reinhold Strobl aus Schnaittenbach, darüber, auf welche Einfälle die CSU in Bayern so im Laufe eines Jahres kommt.

Neueste Idee des Innenministers Dr. Günther Beckstein: "Wir schaffen die Stichwahlen ab." Oder anders gesagt: "Meine Damen und Herren von der SPD und den Freien Wählern: Was erlaubt Ihr Euch eigentlich? Als Bürgermeister oder Landrat zu kandidieren und dann vielleicht auch noch bei einer Stichwahl den CSU-Kandidaten aus dem Rennen zu werfen? Euch werden wir schon helfen. Schließlich haben wir ja in Bayern eine satte Zwei-Drittel-Mehrheit und können beschließen, was wir wollen. Also schaffen wir diese unliebsamen Stichwahlen ab."

"Die Begründungen", so Strobl, der auch Mitglied im Landesvorstand Bayern der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V. (SGK) ist, "sind dabei hanebüchen." Begründet wird dies zum einen mit den Kosten. Dabei verursache in Zukunft die jährliche Einsammlung des Büchergeldes an den Schulen in ganz Bayern mehr Verwaltungsaufwand als die Durchführung von Stichwahlen alle 6 Jahre in einzelnen Gemeinden oder Landkreisen, stellt Strobl fest. Er stellt hier auch die Frage: "Was machen wir dann mit CSU-Politikern wie dem bayerischen Umweltminister Schnappauf, welcher früher Landrat war, von Stoiber ins Kabinett geholt wurde und dann damit dafür gesorgt hat, dass in einem ganzen Landkreis Neuwahlen durchgeführt werden mußten und erhebliche Kosten entstanden. Wer trägt in solchen Fällen die Kosten? Die CSU?"

Die weitere Begründung, dass bei Stichwahlen die Wahlbeteiligung niedriger läge als bei der ersten Wahlrunde, sei auch nicht stichhaltig, da es schon viele Stichwahlen gegeben habe, wo die Wahlbeteiligung höher lag als im ersten Wahlgang.

Strobl bedauert, dass der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Theo Zellner aus Cham, diesem Ansinnen von Innenminister Beckstein bei der Tagung des Bayrischen Landkreistages (anscheinend) nicht sofort deutlich widersprochen hat, was nicht für ihn spreche. Hier gehe es nämlich um die Grundpfeiler unserer Demokratie. Würde man dem Ansinnen von Beckstein weiter folgen, würde das bedeuten: "Wahlen kosten Geld und Aufwand und bringen oft das falsche Ergebnis. Deshalb schaffen wir sie am besten gleich ganz ab." Wenn die CSU diesen irrsinnigen Vorschlag tatsächlich in die Tat umsetzen will, empfiehlt Strobl seiner Partei, in Bayern ein Volksbegehren einzuleiten. Hier gehe es schließlich um die Demokratie in Bayern.

Reinhold Strobl
SPD-Kreisvorsitzender AS
Kommunalpol. Sprecher SPD Oberpfalz

Birkenweg 33
92253 Schnaittenbach
Telefon: 09622-2139
Fax: 09622-704704
www.werbeartikel-strobl.de

13.05.2005